

ÖSTERREICH

OLAH

Oh là là

Erstmals seit dem 12. Februar 1934, als zwischen den sozialdemokratischen Arbeitern und der christlich-sozialen Regierung Österreichs der Bürgerkrieg ausbrach, stoppten streikende Arbeiter am 18. September 1964 Wiens Straßenbahnen für drei Stunden.

Diesmal war die Strom-Sperre keine Kampfmaßnahme gegen den Arbeiterfeind. Wiens sozialistische Stadtwerke-Bedienstete protestierten gegen einen Beschluß der eigenen Parteiführung: gegen die Entlassung des Sozialisten Franz („Ohlälä“) Olah, 54, aus dem Amt des Innenministers.

1500 Streik-Genossen zogen in den Mittagsstunden des vorletzten Freitags zur sozialistischen Parteizentrale hinter dem Wiener Burgtheater. Sie riefen „Holt's den Dicken aus!“ und schwenkten Spruchbänder „Wir wollen Olah“.

Der Dicke — Österreichs Vizekanzler Bruno Pittermann, Parteivorsitzender der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) und seit vier Wochen auch Präsident der Sozialistischen Internationale — kam nicht.

Exminister Olah, Intimfeind Pittermanns in der Parteiführung und früherer Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (1,5 Millionen Mitglieder), eilte zu Fuß herbei. Er schickte die Arbeiter nach Hause. Olah: „Denkt an unsere Partei!“

Die Werktätigen argwöhnten, die Partei-„Doktoren“ (Pittermann ist Dr. phil. und Dr. jur.) hätten den Arbeiter (Olah ist gelernter Klavermacher) hinausintrigiert.



Entlassener Olah

Zwei Psychiater beobachteten...



Demonstranten vor der Wiener SPÖ-Zentrale: An die Partei denken

Der Fall Olah stürzte die straff geführte SPÖ — sie hat im Sieben-Millionen-Volk der Österreicher 700 000 Mitglieder (SPD: 657 000) — in eine schwere innere Krise.

Der Mann, an dem sich der sozialistische Bruderstreit entzündete, ist seit Jahren der umstrittenste Politiker der Alpenrepublik. Franz Olah paßte weder in die intrigentfreundliche Kollektiv-Führung der SPÖ noch in den Proporz-Dschungel der schwarz-roten Großen Koalition, die Österreich seit Kriegsende ohne Opposition regiert.

Aus deutschen Konzentrationslagern — wo er zeitweise mit Kurt Schumacher inhaftiert war — kehrte Olah 1945 mit steifem Fuß und un-österreichischem Arbeitseifer nach Wien zurück.

Über Österreichs Grenzen drang der Name Olah erstmals 1950. Der damalige Obmann der Bau- und Holzarbeitergewerkschaft erstickte einen kommunistischen Putschversuch, der Ostösterreich in eine Volksdemokratie verwandeln sollte. Mit Schlägertrupps patriotischer Bauarbeiter jagte er die mit sowjetischen Waffen ausgerüsteten KP-Kommandos aus dem viergeteilten Wien.

Kommunistische Volksfront-Anbiederungen hatte der Sozialist Olah schon im KZ zurückgewiesen: „Später würdet ihr uns aufhängen.“

1959 wurde Antikommunist Olah Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. In dieser Machtposition geriet er bald in Gegensatz zu den auf Koalitionsfrieden bedachten Taktikern seiner Partei.

Im Herbst 1961 trat er aus Protest gegen die weiche Haltung der Genossen gegenüber dem konservativen Koalitionspartner von seinem Amt als zweiter Parlamentspräsident zurück.

Im Frühjahr 1963 ging Olah zum erstenmal ins alpenländische Kabinett. Der neue Innenminister Olah: „Ich bin nicht Minister geworden, damit alles beim alten bleibt.“

Es blieb nichts beim alten. Olah

▷ gründete ein neues „Ministerbüro“ mit einem persönlichen Stab ihm ergebener Beamter;

- ▷ versetzte 36 ÖVP-Beamte seines Ministeriums und der Sicherheitsbehörden auf unbedeutende Posten;
- ▷ betrieb die Verschmelzung von Polizei und Gendarmerie, um für das traditionell schwarz kontrollierte Bundesheer ein rotes Gegengewicht zu schaffen;
- ▷ verbot dem rechtsgedrallten Kame-radschaftsbund (180 000 Mitglieder, davon 30 000 Sozialisten) das Marschieren und
- ▷ beschuldigte in einem Fernseh-Interview die ihm unterstellte Staats-polizei, sie unterhalte eine Spitzel-kartei über 70 000 Österreicher —



Olah-Feind Pittermann

...den Minister im Auftrag seiner Genossen

darunter auch eine Akte Franz Olah.

Kritiken beantwortete der Klaviermacher Olah mit schrillen Tönen. Als der Bäcker Otto Weinmann dem — persönlich bedürfnislos — Olah nachsagte, er habe seine Ämter genützt, um sich zu bereichern, antwortete Olah mit einer Schenkungsurkunde über nicht vorhandene Güter:

„Ich übertrage hiermit alle in meinem Besitz befindlichen Grundstücke, Häuser, Aktien und Anteile an Betrieben an Herrn Weinmann Otto. Meine Wohnung samt Einrichtung, mein Volkswagen und die Anleihestücke, die ich wie viele andere Staatsbürger gezeichnet habe, sind in dieser Schenkung nicht inbegriffen. Gez. Franz Olah.“

Als die konservative „Mödlinger Zeitung“ dem Minister schrieb, sie werde an einem Essen, zu dem er geladen hatte, wegen der ungerechtfertigten Versetzungen von Gendarmeriebeamten nicht teilnehmen, diktierte Olah folgenden offenen Brief:

„Wenn wir es früher gewußt hätten, hätten wir Sie mit Vergnügen gar nicht eingeladen. Wir hoffen sehr, Sie nicht mehr bei uns zu sehen. Das Essen wird außerdem besser schmecken, wenn uns Ihr Anblick erspart bleibt (und weniger Geld kostet es auch).“

Konservative Zeitungen, die ihn angriffen, ließ Olah beschlagnahmen. Seine SPÖ-Genossen verschreckte er durch Ambitionen auf den Parteivorsitz.

Feinde Olahs in der Partei beauftragten insgeheim zwei Psychiater, den impulsiven Minister bei öffentlichen Auftritten zu beobachten. Vor wenigen Wochen legte Professor Hans Hoff, Leiter der Wiener Psychiatrisch-Neurologischen Universitätsklinik, Parteichef Pittermann ein Gutachten vor: Olah sei schizophran und für seine Handlungen nicht verantwortlich.

Olah: „Das ist wahrer Stalinismus.“ In einem Interview mit der unabhängigen Wiener „Presse“: „Ich werde von gewissen Genossen ärger diffamiert als von Feinden.“

Darauf verwarnte ein Partei-Schiedsgericht den Genossen Olah wegen „Mitarbeit an einem gegnerischen Presseorgan“. Die Parteivertretung setzte den Minister ab, beließ ihm jedoch seine Parteiämter.

Erst nach dem Strom-Streik in Wien und nach Olah-Sympathiekundgebungen in den Bundesländern versuchte Parteichef Pittermann, den gefährlichen Genossen endgültig zu beseitigen: Olah habe als Gewerkschaftspräsident, entdeckte die Parteiführung in der letzten Woche, „statutenwidrige, eigenmächtige finanzielle Handlungen“ begangen.

Die Genossen verschwiegen: Olah hatte mit sozialistischen Gewerkschaftsmillionen — zwar statutenwidrig, aber mit Billigung der Partei — das Wiener Boulevardblatt „Expreß“ (Auflage: 270 000) und im September 1962 mit einer Million Schilling die oppositionelle „Freiheitliche Partei Österreichs“ (FPÖ) subventioniert. Mit Hilfe der Mini-Opposition (acht Abgeordnete) gedachten die Sozialisten auch im Falle eines Zerbrechens der Großen Koalition an der Macht zu bleiben.

Olah („Ich fühle mich völlig unschuldig“) verlangte am letzten Donnerstag, ein Ehrengericht der Partei solle die Vorwürfe gegen ihn untersuchen. Der gestürzte Minister erhielt Rückendeckung von alten Kollegen: Die Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter (200 000 Mitglieder) stellte sich geschlossen hinter ihren einstigen Chef und stellte ihm sein altes Büro zur Verfügung.

ENGLAND

WETTEN

Gewinn einer alten Dame

Die alte Dame hopste einen Freudentanz. Ihr adliger Sohn, so hatte sie eben erfahren, war Nachfolger des kranken Briten-Premiers geworden. Hintergrund der Mutterfreuden: Sie hatte auf den Sohn 50 Pfund gewettet; seine Ernennung brachte ihr 1650 Pfund (18 500 Mark) ein.

Diese Szene der Posse „Der widerpenstige Lord“ belacht das Publikum des Londoner Duchess-Theaters seit Mitte Januar (SPIEGEL 5/1964). Denn der Autor, William Douglas Home, Bruder des Briten-Premiers Home, hatte in seinem Stück, für jedermann erkennbar, die überraschende Nominierung seines Bruders und die Wettleidenschaft der 82jährigen Home-Mutter karikiert — eine Leidenschaft, die zu den ausgeprägtesten englischen National-Eigenschaften zählt.

Die Briten wetteten 1963 für elf Milliarden Mark. Astronomisch war die Wette eines Bürgers der Stadt Preston: Für zehn Pfund Einsatz erhält er 10 000 Pfund Gewinn ausbezahlt, wenn bis Ende 1969 ein Mann auf dem Mond landet.

Wie die alte Dame auf der Bühne, hatten im Oktober 1963 Tausende Engländer in dem bis zuletzt offenen Rennen um die Macmillan-Nachfolge ihre Wetten placiert.

Binnen neun Tagen wurden damals bei Londoner Buchmachern 150 000 Mark

auf das Politiker-Rennen gesetzt. Englands größte Wettfirma, Ladbroke's, notierte den Favoriten, Außenminister Butler, 4 : 5, den späteren Premier Home aber nur 10 : 1.

Die Wettspiele um Kandidaten-Köpfe waren damals nur als private Vereinbarungen zwischen den Buchmachern und ihren Kunden möglich gewesen. Für die Unterhauswahlen am 15. Oktober aber können die Engländer erstmals ihre politischen Pfunde, wie bei Pferde- und Hunderennen oder Fußballspielen, nach einem ausgelegten Wettprogramm placieren. Die Buchmacher haben Wahl-Wetten in ihr Standard-Programm aufgenommen.

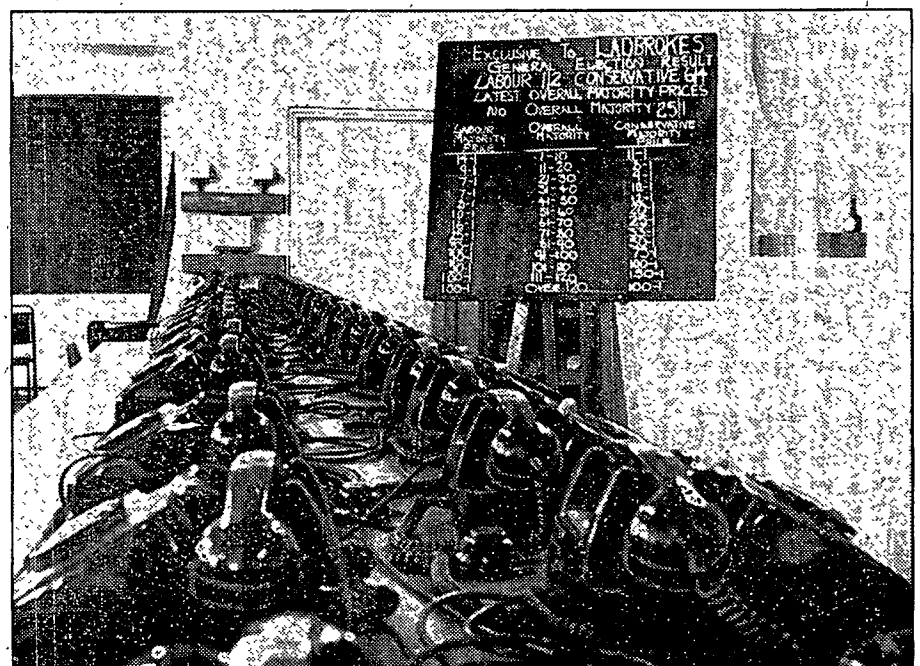
Ladbroke's-Generaldirektor Ron Pollard, 38, erwartet, daß seine 20 000 Dauerkunden am Wahltag sechs Millionen Mark über die 220 Telephonanschlüsse der Firma placiert haben werden.

Wettergott Pollard studierte die Umfragen, der Meinungsforscher und holte Wettervorhersagen für den Wahltag ein. Zur Zeit notiert ein Home-Sieg zur Quote von 11 : 8, ein Wilson-Sieg 8 : 15 (bei 300 Mark Einsatz: 160 Mark Zugewinn). Zu Beginn des Sommers hatte Ladbroke's einen Labour-Sieg noch 1 : 5 bewertet.

Bisher nahm Ladbroke's für 2,5 Millionen Mark Wahl-Wetten an. Der niedrigste Einsatz betrug drei Mark, der höchste — auf einen Labour-Sieg in mehreren Einzelwetten abgeschlossen — 370 000 Mark.

Um das neue politische Wettgeschäft anzukurbeln, nimmt Ladbroke's auch — in Amerika verboten — Wetten auf den Ausgang der US-Präsidentschaftswahlen an. Bisher wurden 350 000 Mark eingezahlt, davon der Großteil auf den 2 : 13-Favoriten Johnson. Goldwater steht zur Zeit bei 4 : 1.

Im nächsten Jahr will Ron Pollard für Ladbroke's ein neues Spielfeld dieses des Kanals erschließen: Deutsche sollen bei ihm Wetten auf den Ausgang der Bundestagswahlen 1965 abschließen können.



Wahl-Wettzentrale bei Ladbroke's in London: Auf den Mann im Mond gesetzt